

DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern
Landesvorstand

DIE LINKE.
Fraktion im Landtag Mecklenburg-Vorpommern

Aus der Krise und dann?

Die Corona-Krise verändert unseren Alltag, unser Familienleben, die Arbeit und das öffentliche Miteinander. Wir vermissen die Zeit, in der Kinder ganz alltäglich zur Schule gegangen sind und sehnen uns nach Treffen mit Familie und Freunden, die vor Corona jederzeit stattfinden konnten. Das Virus hat uns dazu gezwungen, Abstand zu halten, um einander zu schützen. Die Distanz zu anderen Menschen führt zwar dazu, dass die Pandemie eingeschränkt wird, macht aber auch deutlich, wie stark Grundrechte wie z.B. die Versammlungsfreiheit eingeschränkt sind.

Während wir in den Nachrichten mit ansehen müssen, wie die Lage in anderen Ländern immer gravierender wird, werden in Deutschland bereits Stimmen laut, Einschränkungen zu lockern. Die Begründungen reichen von wirtschaftlichen Nöten bis hin zu privaten Zwängen. Dabei ist klar, dass Lockerungen vielleicht auch wieder zurückgenommen werden, wenn mehr Menschen erkranken. Umso wichtiger ist, weiterhin vorsichtig zu sein und aufeinander Rücksicht zu nehmen. Wir wollen die freiwilligen Maßnahmen zum Schutze aller fortsetzen. Das Schüren von Ängsten und Bestrafungen sind jedoch falsche Wege, um diesen Schutz umzusetzen.

DIE LINKE hat die Krise im Wissen um den Zusammenhalt und die gesellschaftliche Verantwortung mit vielen Ideen und Hilfestellungen begleitet. Dazu gehört auch, immer wieder Danke zu sagen. Viele Menschen arbeiten momentan unter schwierigen Bedingungen: Sie kümmern sich um ihre Kinder und arbeiten weiter, sofern es möglich ist. Sie sichern die Gesundheitsversorgung ab, sind für Menschen da, die Hilfe brauchen, sie versorgen uns mit Produkten oder bearbeiten Anträge, die finanzielle Sorgen lindern. Der Gesellschaft wird in diesen Wochen bewusster, wie viele Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen wichtig für unser Leben sind. Wer „systemrelevant“ ist, also im eigentlichen Sinne dieses Land am Laufen hält, wie Erzieher*innen, Pfleger*innen oder Beschäftigte im Einzelhandel oder auch in der Logistik hat mehr verdient. Doch ein Dankeschön darf nicht nur ein Wort bleiben. DIE LINKE im Nordosten hat sich dafür eingesetzt und wird dies auch weiterhin tun, dass sich Löhne erhöhen und Arbeitsbedingungen verbessern.

Die heute bereits absehbaren Folgen und Ergebnisse von Corona zeigen uns, dass LINKE Forderungen und Ideen aktueller denn je sind, damit Frauen, Männer, Kinder und Jugendliche, Firmen und Vereine oder z.B. das Gesundheitssystem die Krise gut überstehen können. Für viele Menschen in Mecklenburg-Vorpommern wäre es gut gewesen, wenn die regierende Koalition aus SPD und CDU konstruktiv und vernünftig mit uns nach der besten Lösung für alle gesucht hätte. Durchregieren ohne Gespür und Augenmaß – das muss endlich vorbei sein. Wir haben die große Hoffnung, dass sich Demokratinnen und Demokraten angesichts dieser Krise einander zuhören und einen klaren Blick auf dieses Land haben. Als Partei und als Landtagsfraktion machen wir Vorschläge, um dieser Krise sozial zu begegnen. Wir wollen den Menschen beistehen, damit ihnen zügig, überlegt und strukturiert geholfen und eine Perspektive gegeben wird.

Die Krise erinnert uns sehr schmerzhaft daran, was in diesem Land bereits vor Corona falsch lief. Krankenhäuser gehören nicht in private Hände! Wichtige Medikamente und medizinische Ausrüstung, die in diesen Tagen Leben retten, sollten in Deutschland produziert werden, damit es keine Engpässe gibt. Es war nicht richtig, im Gesundheitssystem immer mehr zu kürzen und damit Mitarbeiter*innen in Gesundheitsämtern, Ärztinnen und Ärzte sowie Pfleger*innen zu überlasten.

Eine wichtige Frage für uns ist, ob aus der Krise gelernt wird und sich etwas verändert oder ob schnell wieder verdrängt wird, an welchen Stellen es enorme Probleme gibt. Zudem brauchen wir Lösungen für andere drängende Fragen wie z.B. zur Verteilungsgerechtigkeit, oder zum Klimaschutz. Uns ist auch klar: Militärische Konflikte und internationale Auseinandersetzungen zwischen Großmächten werden zwar von der Corona-Krise überdeckt, sind jedoch nicht gelöst. DIE LINKE wird deshalb weiterhin engagiert auf Verbesserungen drängen und dafür machen wir folgende Vorschläge:

Der beste Dank: mehr Lohn und gute Arbeitsbedingungen!

- Die Beschäftigten in Mecklenburg-Vorpommern sind beim Pro-Kopf-Einkommen im Bundesvergleich auf dem letzten Platz. Egal ob im Home-Office, an der Supermarktkasse oder auf der Krankenhausstation – die Löhne müssen endlich an das Niveau anderer Bundesländer angeglichen werden und spürbar steigen. Dazu wollen wir eine Anhebung des Mindestlohns und eine Erhöhung der Tarifbindung. Öffentliche Aufträge darf es nur bei guter Bezahlung der Angestellten geben.
- Die Probleme im Gesundheitssektor wie der Mangel an Fachkräften, wenig Auszubildende und eine schlechte Bezahlung sind nicht erst seit Corona da. Sie bestanden bereits lange zuvor. Die Attraktivität von Pflegeberufen muss steigen, mehr Pflegekräfte müssen ausgebildet und Löhne angehoben werden.

Arbeitnehmerrechte sind nicht verhandelbar!

- Angriffe auf die zugunsten von Beschäftigten geltenden Schutzbestimmungen sind nichts Neues. Die aktuelle Situation führt dazu, dass Arbeitszeiten ausgedehnt und Ruhezeiten unter Verweis auf die Pandemie verkürzt werden. Gerade in Branchen, die ohnehin mit personellen Engpässen zu kämpfen haben, wirkt dies kontraproduktiv. Wenn schon Sonderregelungen getroffen werden, dürfen sich diese nur in engem Rahmen bewegen und müssen auf die Zeit der Krise beschränkt sein.
- Arbeits- und Gesundheitsschutz sind kein Luxus! Die Corona Krise zeigt noch einmal deutlich, dass Schutzmaßnahmen nicht nur die Unversehrtheit des einzelnen Beschäftigten sichern, sondern auch die ihrer oder seiner Familie und ihres oder seines Bekannten- und Kolleg*innenkreises. Auf diese Art und Weise bleibt die Arbeitsfähigkeit ganzer Unternehmen und Verwaltungen erhalten. Wir bleiben daher bei unserer Forderung, die Arbeitsschutzbehörden im Land personell gut auszustatten.
- Arbeitsbedingungen sind dort regelmäßig besser, wo Beschäftigte mitbestimmen können. Betriebs- und Personalräte sind eng an den Bedürfnissen ihrer Kolleg*innen dran. Bestrebungen, die Corona-Krise zu nutzen, um ihre Rechte zu beschneiden, erteilen wir eine klare Absage.

Keine Rendite mit der Gesundheit: Krankenhäuser gehören in öffentliche Hand!

- Erhalt und Schutz der Gesundheit sind mit Renditezielen und Profitstreben unverträglich. Das gilt sowohl für private als auch kommunale Krankenhäuser. Langfristig gehören alle Krankenhäuser unseres Landes in öffentliche Hand. Wenn private Klinikbetreiber

Stationen schließen und Stellen zusammenstreichen, muss der Staat eingreifen und beispielsweise rekommunalisieren. Zugleich muss auf ein verändertes System der Leistungsvergütung im Bereich der stationären medizinischen Versorgung gedrungen werden. Das gegenwärtig angewandte System der Abrechnung nach sogenannten "Fallpauschalen" bewirkt eine Ökonomisierung des Gesundheitswesens. Für uns steht fest: Gesundheit darf keine Ware sein!

- Für alle Bereiche des öffentlichen Lebens müssen Hygienepläne entwickelt werden. Eine wirksame Überwindung der Corona-Epidemie ist nur auf Grundlage einer systematischen und repräsentativen Testung möglich. Hierzu gehören sowohl Akut-Testungen, sogenannte PCR-Tests, als auch Tests auf Anti-Körper.
- Engpässe bei Wirkstoffen und medizinischer Ausrüstung machen deutlich: Mecklenburg-Vorpommern muss zu einem leistungsstarken Standort der Produktion von Schutzmaterialien und Desinfektionsmitteln werden. Hierzu muss die Landesregierung das vom sogenannten Corona-Kabinett aufgelegte Programm zur Förderung der entsprechenden Produktionsstätten in Anspruch nehmen. Das Land Mecklenburg-Vorpommern muss zudem ein eigenes Notfall-Depot für Schutzmaterialien und Desinfektionsstoffe anlegen.
- Ein Umdenken in der Corona-Krise bedeutet auch, sich auf erfolgreiche Konzepte und Projekte wie das der „Gemeindegewerkschaft Agnes“ zurückzubesinnen. Gesundheitliche und soziale Betreuung auf dem Land wird gebraucht.
- Stellenstreichungen im öffentlichen Gesundheitsdienst müssen aufhören. Die Gesundheitsämter im Land tragen dazu bei, dass wir die Krise gut überstehen. Das können sie nur mit ausreichend Personal.

Zurück zur Demokratie - Grundrechte der Bürger*innen auch in Krisenzeiten sichern!

- Wichtig ist, dass trotz eines notwendigen Krisenmanagements und schneller Entscheidungen, die Demokratie keinen Schaden nimmt. Wenn Entscheidungen nur noch von Verwaltungen und Kabinetten getroffen werden, fehlen Beteiligung, Legitimation und Transparenz. Es ist nicht die Zeit für Selbstdarstellung und Alleingänge.
- Unter Bewahrung von Abstandsregeln müssen Parlamente und kommunale Vertretungen wieder tagen. Alternativ können Video- oder Telefonkonferenzen zum Gesundheitsschutz der Vertreter*innen durchgeführt werden. Die Öffentlichkeit ist unverzüglich durch Veröffentlichung der Protokolle bzw. durch Live-Übertragungen der Sitzungen zu informieren.
- Informationen sind durch Verwaltungen und Kabinette an gewählte Vertreter*innen umgehend weiterzuleiten. Alle Wege der Kommunikation müssen genutzt werden.
- Sobald es möglich ist, muss die Ausstattung kommunaler Vertretungen mit digitalen Geräten überall umgesetzt werden. Digitale Abstimmungen müssen zukünftig möglich sein.
- Gesundheitsschutz und das Recht auf körperliche Unversehrtheit sind wichtige Ziele, welche die Einschränkungen anderer Grundrechte notwendig machen können. Aber nicht um jeden Preis! Das bedeutet, dass während der Corona-Krise stets und ständig jede staatliche Maßnahme kritisch zu hinterfragen ist und unverhältnismäßige Einschränkungen anzuprangern sind. Das gilt für DIE LINKE immer und nicht erst am „Ende der Krise“. Es ist stets nach schonenderen und weniger eingreifenden Mitteln zu fragen, wie das Tragen von Mundschutzmasken bei Demonstrationen oder generell, anstatt Demonstrationen abzusagen.
- Die Regelungen der Regierungen, die tief in die Grundrechte eingreifen, müssen durch die Parlamente unverzüglich nachträglich überprüft und vom Parlament entweder bestätigt oder korrigiert werden.

- Geeignete Formate des Protestes (Demonstrationsrecht) sind unter Wahrung der infektionsschutzrechtlichen Regeln weiter zu ermöglichen. Derzeit erscheint ein Richtwert von 50 Leuten einer Versammlung freiem Himmel als angemessen, wobei dies für jeden Einzelfall unter Beachtung der örtlichen Gegebenheit gesondert zu prüfen ist. Sobald der Gesundheitsschutz dies zulässt, sind schnellstmöglich weitere Lockerungen der Einschränkung der Demonstrationsfreiheit vorzunehmen.

Krisenzeiten erfordern eine aktive Arbeitsmarktpolitik!

- Die Corona-Krise hat weitreichende Folgen. Schon jetzt haben 17.000 Unternehmen im Land Kurzarbeit angemeldet, 154.000 Beschäftigte sind betroffen. Erstmals seit Jahren steigen die Arbeitslosenzahlen wieder. Jetzt geht es darum Strukturen und Beschäftigung zu sichern. Mit Blick auf das niedrige Lohnniveau fordern wir daher die Anhebung des Kurzarbeitergeldes auf 80 bzw. 87 Prozent und die Verlängerung der Bezugsdauer auf 24 Monate.
- Menschen, die bereits vor der Corona Krise arbeitslos waren, haben es aktuell unverschuldet schwer, wieder am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Krisenbedingt werden Neueinstellungen in den Unternehmen verschoben. Die Schutzfunktion der Arbeitslosenversicherung muss daher wieder gestärkt und der Bezug von Arbeitslosengeld vereinfacht und spürbar verlängert werden.
- Steigende Arbeitslosenzahlen erfordern künftig wieder eine aktivere Arbeitsmarktpolitik. Wir fordern daher, die im Land vorhandene Expertise, zum Beispiel bei den Beschäftigungsgesellschaften zu sichern. Als Träger öffentlich geförderter Beschäftigung können sie einen wichtigen Beitrag bei der Überwindung der Folgen von Corona leisten.

Zusammenhalt stärken: Hartz IV muss weg!

- Erneut ist deutlich geworden: Hartz IV muss weg! Die letzten Wochen haben gezeigt, dass eine Grundsicherung auch ohne Druck und Sanktionen an Betroffene ausgezahlt werden kann. Daher fordern wir ein sofortiges Sanktionsmoratorium und eine Corona Einmalzahlung für Empfänger*innen von Wohngeld, Hartz IV, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und Geringverdiener*innen. Perspektivisch bleibt die Überwindung von Hartz IV und die Einführung einer sanktionsfreien Mindestsicherung in Höhe von 1.050 Euro unser Ziel.
- Die Corona-Krise hat einmal mehr deutlich gemacht, dass das Hartz IV-System mit dem Bildungs- und Teilhabepaket das Existenzminimum für Kindern und Jugendliche nicht sichert. Dadurch, dass viele Kinder und Jugendliche während der Corona-Krise nicht in die Kita und zur Schule gehen, kommen Gelder für Mittagsessen nicht bei den Kindern an und führen zu Mehrkosten in den Familien. Geld, was aufgrund der geringen Regelsätze nicht da ist. Um jedem Kind und jedem Jugendlichen ein Existenzminimum zu sichern, bedarf es einer Kindergrundsicherung.

Wir sind noch lange nicht fertig: Bildungsaufstand fortsetzen!

DIE LINKE wird ihre Kampagne zur Volksinitiative „Bildungsaufstand“ fortsetzen. Wir wollen ein Ende des Lehrer*innenmangels, kleine Schulklassen und mehr Deutsch- und Matheunterricht. Wenn es die Umstände erlauben, werden wir dafür weiterhin auf die Straßen und Plätze von Mecklenburg-Vorpommern gehen.

Ein Zurück zur Normalität im Bereich der schulischen Bildung wird noch eine geraume Zeit in Anspruch nehmen. Schritte, um unsere Schulen aus dem derzeitigen Dilemma zu führen, sind:

- Schüler*innen sollen in kleineren Gruppen lernen können. Hierfür müssen Klassen verkleinert und Unterrichtsstunden verkürzt werden.
- Toiletten und Waschbecken müssen gerade in Zeiten der Corona-Pandemie in einwandfreiem Zustand sein. Deswegen wollen wir kurzfristige und schnelle Sanierungen ermöglichen.

Um ein Schulsystem zu entwickeln, das endlich gerecht soziale Gleichheit garantiert, das bessere Lern- und Arbeitsbedingungen ermöglicht und das den Lernerfolg vom sozialen Umfeld, in dem die Kinder und Jugendlichen leben, entkoppelt, sind folgende Änderungen notwendig:

- Wir wollen die Einführung eines Klassenteilers von 26, damit Schulklassen nicht zu groß werden. Darüber hinaus braucht es einen Bonus für die Stundenzuweisung für die jeweiligen Raumgrößen. Wir wollen zurück zur schülerbezogenen Stundenzuweisung und die Vergabe eines Budgets zur Förderung und Forderung - ohne Diagnostik (1 Stunde pro 50 Schülerinnen/Schüler) ermöglichen.

Wir fordern vom Land zudem die Erarbeitung einer Schulbaurichtlinie, damit Schulbauten den Erfordernissen der Schülerinnen und Schüler gerecht werden - Räume und Raumbedarf müssen sich den Schülerinnen und Schülern anpassen nicht umgekehrt. Mecklenburg-Vorpommern braucht endlich ein Schulbauprogramm. Bei einem Sanierungsstau an den öffentlichen allgemeinbildenden und beruflichen Schulen von mehr als 1,5 Milliarden Euro fordern wir für die kommenden vier Jahr ein Schulbauprogramm in Höhe von 1 Milliarde Euro.

Um auch kleine Schulen zu stärken, wollen wir die Schülermindestzahlen für die Eingangsklassen eins, fünf und sieben (Regionale Schulen) senken. Wir unterstützen die Gründung von Verbundschulen und Schulzentren und fordern jährliche Hygienekontrollen und sofortige Beseitigung der festgestellten Mängel.

Die zurückliegenden Wochen haben verdeutlicht, dass Unterricht nicht am Ort Schule stattfinden kann und muss. Das digitale Steinzeitalter, das an den Schulen des Landes herrscht, muss beendet werden. Neben dem sofortigen Ausbau der digitalen Infrastruktur muss durch ein Bund-Land-Programm dafür Sorge getragen werden, dass jeder Schülerin und jedem Schüler ein digitales Endgerät zur Verfügung gestellt wird, mit dem sie oder er ausschließlich auf eine zentrale Lernplattform zugreifen können. Hierbei legen wir folgende Schritte zu Grunde:

- Zuerst wollen wir Ausstattung aller Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen fünf bis 12/13 mit einem digitalen Endgerät. Die Kosten hierfür wären 20 Millionen Euro. Im zweiten Schritt erfolgt die Ausstattung der Berufsschülerinnen und Berufsschüler (Kosten: 7 Millionen Euro). Im dritten Schritt können die vierten Jahrgangsstufen ausgestattet werden (Kosten: 1,5 Millionen Euro).

Sicher und bezahlbar Wohnen – vor und nach der Krise!

Wohnen ist ein Grundrecht. Kurzarbeit oder Jobverlust dürfen nicht dazu führen, dass die Miete oder Stromrechnungen nicht mehr gezahlt werden können.

- Es war richtig, den Kündigungsschutz bei Mietrückständen für Wohn- und Gewerberäume deutlich auszuweiten. Für uns steht fest: Kündigungen und Räumungen infolge von Corona-bedingten Zahlungsrückständen müssen mindestens bis Ende 2020 vollständig

ausgesetzt werden. Strom-, Gas-, Fernwärme-, Telefon- und Wassersperren müssen bis mindestens Ende 2020 verboten werden.

- Ein „Sicher-Wohnen-Fonds“ muss Mietausfälle abfedern und kommunale und genossenschaftliche Wohnungsgesellschaften sowie Privatvermieter*innen und kleine Wohnungsunternehmen vor wirtschaftlicher Schieflage bewahren. In diesem Zusammenhang muss geprüft werden, ob und wie unverschuldete Rückstände (mehr als 3 Monate) bei Vermietern und Ver- und Entsorgern erlassen und als Zuschüsse ausgeglichen werden können.

Wirtschaft und Tourismus gut durch die Krise bringen!

In manchen Kommunen ächzt die Wirtschaft generell unter zu hohen Mieten für Gewerbeflächen in attraktiven Lagen. Infolge der Corona-Krise haben nun auch viele weitere Geschäfte, Cafés, Restaurants und Betriebe jeder Art Schwierigkeiten, ihre Mieten zu begleichen. Insolvenzen und somit Schließungen drohen. Doch lebendige Gemeinden und Stadtteile brauchen Gewerbe vor Ort! Mietschulden müssen durch passende Wirtschaftshilfen gedeckt werden, auch im Sinne der Vermieter*innen.

Der gesamte Dienstleistungsbereich ist von der Corona-Krise stark betroffen. Es zeigt sich leider deutlich, dass viele insbesondere kleinere und mittelgroße regionale Unternehmen oft "von der Hand in den Mund" leben und schon durch kurze Durststrecken in ihrer Existenz bedroht werden. Dies gilt auch für die Tourismusbranche, die besonders von äußeren Einflüssen abhängig ist. Zwölf Prozent der Bruttowertschöpfung werden durch den Tourismus erwirtschaftet. Rund 131.000 Menschen sind in der Tourismuswirtschaft beschäftigt. Daraus resultieren etwa acht Milliarden Euro Jahresumsatz sowie insgesamt 374 Mio. Euro an Steuereinnahmen. Für bestimmte Regionen ist der Tourismus die einzige Wirtschaftsgrundlage. Einen besonderen Fokus legen wir auf die Einrichtungen des Kinder- und Jugendtourismus. Durch die Absage aller Klassenfahrten ist die Saison 2020 für diese vorbei. Wir fordern, mit einem Landesprogramm das vielfältige Angebot im Tourismus und damit auch tausende Arbeitsplätze zu sichern. Jetzt ist zudem die Chance da, neue Impulse zu setzen. Investitionsprogramme, die auf die Steigerung der Qualität, der Nachhaltigkeit oder zur Saisonverlängerung dienen, können zu höherer Wertschöpfung beitragen und die Branche künftig krisenfester machen.

(Durch die Krise sind auch die Werften in unserem Land erneut in die Krise geraten. Corona bedingt sind die Kreuzfahrtmärkte in Asien und Amerika zusammengebrochen. 3.000 Beschäftigte auf den M-V Werften und über 18.000 bei den heimischen Zulieferbetrieben bangen derzeit um die Zukunft ihrer Arbeitsplätze. Auch für die Werftstandorte Rostock, Wismar und Stralsund steht viel auf dem Spiel. Hilfsmöglichkeiten werden entscheidend davon abhängen, welche Perspektiven der Branche nach der Corona Krise eingeräumt werden. Sollten die Prognosen positiv ausfallen, gilt es, künftig auch in diesem Segment, einen stärkeren Fokus auf Nachhaltigkeitsaspekte zu legen. Moderne Schiffe, alternative Antriebsformen, wie Hybrid oder die Nutzung von Landstrom in den Zielhäfen steigern die Akzeptanz und die Umweltverträglichkeit der Kreuzfahrtbranche. Bei negativen Prognosen gilt es zeitnah Alternativen zu entwickeln. Beispiele in anderen Ländern zeigen, wie ein Transformationsprozess, z.B. von einer Werft zu einem modernen Industriepark gestaltet werden kann.)

Durch die Corona-Krise befinden sich große Teile der Wirtschaft in einem Abschwung. Die Konsumfreude der Bevölkerung und die Investitionsbereitschaft der Wirtschaft nehmen ab. Die Sparquote wird steigen. Jetzt muss der Staat massiv gegensteuern. Konjunkturprogramme zur Ankurbelung von privatem Konsum in nachhaltige Güter,

beispielsweise zur Verbesserung der Energieeffizienz im Haushalt, können ebenso wie Steuerentlastungen bei kleinen und mittleren Einkommen dem Abschwung entgegenwirken. Öffentliche Investitionen sollten wo immer möglich, vorgezogen werden. ÖPNV, SPNV, Breitbandausbau, Bildung, Gesundheit oder Dekarbonisierung, die Möglich- und Notwendigkeiten sind breit gestreut.

An alle denken!

Manche Menschen sind ganz besonders betroffen von der Krise: Alleinerziehende, Migrantinnen und Migranten, alleinlebende Ältere und psychisch Erkrankte. Es ist unsere Aufgabe, sie zu unterstützen, soziale Kontakte zu ermöglichen, Ängste zu lindern und wichtige Informationen barrierefrei weiterzuleiten.

- Telefonseelsorge und entsprechende online-Dienste sind auszuweiten.
- Die Krise hat deutlich gemacht, dass eine Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften Flüchtlingen kein menschenwürdiges Leben ermöglicht. Wir setzen uns für eine dezentrale Unterbringung und Betreuung ein.
- Vereine und Initiativen, die sich um besonders Schutzbedürftige bemühen, müssen staatliche Hilfen erhalten.
- Ausgangssperren und Kontaktverbote sind für besonders schutzbedürftige Menschen gefährlich. Eine soziale Kontrolle und der Schutz gehen für Opfer von häuslicher und sexualisierter Gewalt verloren, insbesondere daher sind neue Betreuungsformen dringend notwendig.
- Im Bereich der Beratungsstellen für häusliche und sexualisierte Gewalt müssen Online- und Videoberatung ermöglicht werden, dazu sind digitale Vorbereitungen schnellstmöglich unter Wahrung des Datenschutzes zu treffen und die Mitarbeiter*innen im Umgang zu schulen.
- Frauenschutzhäuser und Beratungsstellen gegen häusliche und sexualisierte Gewalt müssen endlich wie in der Istanbul Konvention gefördert und vorgehalten werden (pro 10.000 Einwohner*innen ein Frauenschutzhausplatz, eine Beratungsstelle für sexualisierte Gewalt pro 200.000 Einwohner*innen); entsprechende Angebote sind auch für Kinder und Jugendliche einzurichten.
- Um häuslicher Gewalt nachhaltig zu begegnen, sind zügig flächendeckend Täter*innenberatungsstellen einzurichten und entsprechend der Vorgaben mit einer Mitarbeiterin und einem Mitarbeiter auszustatten.
- Wir fordern eine Interventionsstelle und eine Täter*innenberatungsstelle pro Landkreis und kreisfreien Stadt.

Kommune trotz Corona: Kreise, Städte und Gemeinden auf sichere Beine stellen!

Die Corona-Krise wird in den Kreisen, Städten und Gemeinden zu großen finanziellen Problemen führen. Die kommunalen Steuereinnahmen hängen stark von Gewerbesteuer und kommunalem Anteil an der Einkommensteuer ab. Vor allem erstere sind konjunkturabhängig und werden in der nächsten Zeit massiv einbrechen. Aber auch bei Gebühren und Beiträgen wird es erhebliche Ausfälle geben. Jetzt schon zeichnen sich zudem zusätzliche Ausgaben, etwa im sozialen Bereich, ab.

- Wir fordern eine intensive Aufarbeitung der Corona-Krise in den Kommunen. Jede Gemeinde muss mit einem Notfallplan ausgestattet werden, damit alle für eine nächste Krise gut vorbereitet werden.

- Der öffentliche Dienst handelt zum Wohl unserer Gesellschaft. Wir wollen darauf hinwirken, dass in den Rathäusern und Ämtern kein Personalmangel herrscht.

Öffentliches Eigentum darf auch angesichts der Krise und finanzieller Nöte nicht verkauft werden. An Theatern, Museen und freien Kulturträgern darf nicht weiter der Rotstift angesetzt werden. Wir werden uns in den Kommunalparlamenten und im Landtag dafür einsetzen.

Die kommunale und regionale Wirtschaft braucht Rahmenbedingungen, die sie deutlich stärkt und nicht weiter schwächt. Die kommunalen Unternehmen sichern täglich die Energie- und Wasserversorgung, organisieren den öffentlichen Personennahverkehr, halten preiswerten Wohnraum vor oder entsorgen pünktlich den Abfall, tragen wichtige lokale Strukturen der Gesundheitsversorgung. Hier steht primär das Wohl und die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger sowie der Kommune im Mittelpunkt. Öffentliche Daseinsvorsorge mit hoher Qualität und zu bezahlbaren Preisen ist ein wichtiger Standortfaktor für Unternehmen und Arbeitnehmer.

- Die Kommunen brauchen einen finanziellen Schutzschirm und langfristig eine finanzielle Mindestausstattung. Die Kreise, Städte und Gemeinden müssen weiter investieren können und damit die regionale Wirtschaft ankurbeln. An der Stelle des Strategiefonds wollen wir ein Regionalbudget für die Kommunen einrichten.
- Kommunale Entschuldungsprogramme dürfen jetzt nicht ausgesetzt oder verschoben werden. Wir wollen die Handlungsfähigkeit wiederherstellen.
- Gemeinnützige Vereine müssen weiter gefördert werden. Das gesellschaftliche Leben in Kreisen, Städten und Gemeinden darf nicht unter dieser Krise leiden.

Tradition trifft Moderne: nachhaltige und regionale Landwirtschaft!

Die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern hat gezeigt, dass sie auch unter schwierigsten Krisenbedingungen alle Bürgerinnen und Bürger zuverlässig mit Lebensmitteln versorgen kann.

Die Corona-Pandemie verdeutlicht allerdings auch die Notwendigkeit zur verstärkten Regionalisierung von Stoffkreisläufen. Das bezieht sich auf die gesamte Produktionskette insbesondere in der Tierproduktion, also vom Futtermittel bis zur natürlichen Düngung und schließt die regionale Vermarktung mit ein. Es ist deshalb wichtig, dass sowohl die Tierhaltung als auch deren Verarbeitung im Land gehalten wird.

Ernährungssicherheit und Umweltschutz müssen zukünftig stärker im Zusammenhang betrachtet und – auch im europäischen Kontext – sichergestellt werden.

Die Agrar- und Ernährungswirtschaft als systemrelevanter Wirtschaftssektor braucht verlässliche und umsetzbare Rahmenbedingungen, um diese Aufgabe erfüllen zu können.

- Verarbeitende Betriebe, vor allem Klein- und Kleinstunternehmen, müssen stärker unterstützt werden, denn sie vertreiben und veredeln regionale Produkte. Dazu zählen z.B. Molkereien oder regionale Schlachthöfe.
- Die Schließung der Jarmener Mühle muss verhindert werden. Sie ist zu erhalten!
- Regionalvermarktungsprojekte, wie z.B. die „Meck-Schweizer“ oder die Initiativen des Tourismusverbandes helfen, mehr regionale Produkte in den Restaurants, Cafés, Unterkünften, Läden und Wochenmärkten zu positionieren. Auch wenn beide Seiten aktuell mit erheblichen Umsatzeinbußen zu kämpfen haben, sind diese nachhaltigen regionalen Vermarktungsprojekte weiter zu fördern und auszubauen.
- Bestehende Schwächen des ökologischen Anbaus müssen durch wissenschaftliche Forschung und Förderung, z.B. bei der Züchtung ausgeglichen werden. Die

Landesforschungsanstalt zu stärken und das Forschungsinstitut Dummerstorf zu erhalten, bleibt somit eine vorrangige Aufgabe.

Auf die Wissenschaft hören!

Gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse brauchen eine ausreichende Datengrundlage und eine eindeutige Einordnung von Fakten. Beides existiert während der Corona-Krise nur ansatzweise. Trotzdem ist es gelungen, die Mehrheit der Bevölkerung hinter den drastischen Maßnahmen zu versammeln, denn wir vertrauen den Aussagen der führenden Wissenschaftler*innen. Das ändert nichts daran, dass die Datengrundlage erweitert werden und der Diskurs der Wissenschaft weitergehen muss.

Für DIE LINKE steht der Mensch im Mittelpunkt aller Entscheidungen. Wir werben dafür, reflektiert und konstruktiv-kritisch nach wissenschaftlichen Erkenntnissen zu handeln.

Für einen sozial-ökologischen Wandel!

Im Falle des Umwelt- und Klimaschutzes haben wir verlässliche und weltweit überprüfte Grundlagen. Über 95 Prozent der Wissenschaftler*innen sind sich einig über deren Interpretation. Und trotzdem gibt es in der Gesellschaft Riesenstreit um jede Maßnahme, die bitter nötig ist, um ebenso weltweite Katastrophen zu verhindern. Auch der Letzte müsste in Corona-Zeiten gelernt haben, dass in unserer globalisierten und vernetzten Welt, katastrophale Ereignisse auf jede Region Auswirkungen haben. Das gilt für Pandemien aber auch für den Klimawandel. Im Moment mag keiner über Klimaschutz reden. Aber es muss dabeibleiben bzw. müssen wir noch mehr tun, um

- unsere Natur und Umwelt besser zu schützen, die Gebiete ohne menschlichen Einfluss zu bewahren. (30 Jahre Nationalparks in diesem Jahr)
- die Artenvielfalt nicht immer weiter zu gefährden, indem die natürlichen Lebensräume durch die Menschen immer weiter eingeschränkt werden.
- den öffentlichen Verkehr mit Bus und Bahn zur wirklichen Alternative für den individuellen Autoverkehr zu entwickeln.
- unseren Beitrag zur notwendigen Energiewende zu leisten.

Unseren Alltag erleichtern – demokratische Teilnahme für alle. Auf ins digitale Zeitalter!

- Die Corona-Krise hat nochmal bewiesen, wie wichtig eine Digitalisierungsstrategie für alle Bereiche von Mecklenburg-Vorpommern ist. Nur mit einer Strategie können Schwerpunkte gesetzt, Ziele definiert und öffentliche Mittel gezielt eingesetzt werden.
- Der Breitbandausbau muss mit aller Kraft vorangetrieben werden. Weiße Flecken darf es nicht geben. Schnelles Internet ist Daseinsvorsorge, deshalb gilt ein Ausbauziel von 100 Prozent.
- Vor allem in den Bereichen Demokratie, Bildung und Verwaltung haben sich große Defizite offenbart, die schnell behoben werden müssen und das heißt:
- Demokratische Beteiligungsmöglichkeiten aller Vertreterinnen und Vertreter auf kommunaler- und Landesebene sind zu gewährleisten;
- Die erheblichen Lücken bei digitalen Lehr- und Lernangeboten an Schulen und Hochschulen sind schleunigst zu schließen;

- Die Angebote des M-V Serviceportals sind schleunigst umzusetzen und auszuweiten, sodass landesweit ein umfangreicher Zugang zu Online-Verwaltungsdienstleistungen besteht.

Die Krise bewältigen: gerecht und solidarisch!

Wenn jetzt Vorschläge laut werden, dass der Solidaritätszuschlag vollkommen abgeschafft werden soll, kommt das einem Steuergeschenk für die Reichsten in diesem Land gleich. Starke Schultern dürfen nicht von der Verantwortung befreit werden. Der Markt, der dazu geführt hat, dass die Preise für medizinische Schutzausrüstung explodiert sind, soll nicht angetastet werden. Der dahinterstehende Glaube, der Markt würde am Ende alles regeln, ist längst durch die Wirklichkeit widerlegt. Jetzt muss die öffentliche Hand aktiv werden und eigene Wege gehen. Dabei muss darauf geachtet werden, dass die finanziellen Folgen der Krise am Ende nicht von denjenigen geschultert werden, die sowieso schon die Hauptlast gesellschaftlicher Kosten tragen.

Die Forderung nach mehr Solidarität in unserer Demokratie muss lauter sein denn je. Jetzt spüren alle, wie viel es bedeutet, zusammenzuhalten und einander zu helfen – in der Familie, in der Nachbarschaft, auf Arbeit, in den Parlamenten und in Europa!